

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 12.05.2026
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	21:06 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Wolfgang Dutsch CDU

Mitglieder

Christian Freitag von Dören CDU Vertretung für: Johanna Bergstein

Torben Wunderlich CDU

Ursula Lauenstein CDU bis TOP 8

Dagmar Süß Bündnis 90 / Die Grünen Vertretung für: Petra Goll

Tobias Kiwitt Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Gerrit Baars SPD

Lars-Arne Klintworth SPD

Kai-Uwe Denker WSI Vertretung für: Angela Drewes

Klaus Koschnitzke FDP

Umweltbeirat

Bianka Sievers Umweltbeirat

Seniorenbeirat

Uwe Schiemann Seniorenbeirat Vertretung für: Sabine Semprich

Verwaltung

Julia Fisauli-Aalto Bürgermeisterin

Katrin Matthies Protokollführung

Constanze Kurzhals bis TOP 8

Janine Gehl Verwaltung bis TOP 8

Abwesend

Mitglieder

Johanna Bergstein CDU entschuldigt

Petra Goll Bündnis 90 / Die Grünen entschuldigt

Angela Drewes WSI entschuldigt

Seniorenbeirat

Sabine Semprich Seniorenbeirat entschuldigt

Nichtöffentlicher Teil

- 9 Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 14.04.2026
- 10 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
 - 10.1 Bericht der Verwaltung
 - 10.2 Anfragen der Politik

Öffentlicher Teil

- 11 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Herr Kremer möchte Fragen im Namen der Anwohnenden aus dem Eichendorffweg zum Bauvorhaben Bahnhofstraße 18a stellen. Es wurde bereits im Vorfeld der heutigen Sitzung eine schriftliche Stellungnahme bei der Verwaltung und den Mitgliedern des Planungsausschusses eingereicht. In der letzten Sitzung habe man sich die Präsentation des Bauvorhabens angeschaut. Man erachte die jetzt geplante Geschosshöhe als nicht konform zur Nachbarschaftsbebauung und würde sich wünschen, dass es bei drei Geschossen bliebe. Man habe neben der Kritik auch Fragen formuliert, zum Beispiel bezüglich des Verkehrskonzeptes, der Abluft der Tiefgarage, der Wärmeentwicklung und der Aufstellflächen für die Feuerwehr. Man sollte die Wedeler fragen, ob eine dermaßen mächtige Bebauung dicht an der Straßenfläche die gewünschte städteplanerische Vision für die Bahnhofstraße sei. Zumindest wünschen sich die Anwohnenden an der Planung beteiligt zu werden. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Fraktionen sich unter TOP 5 äußern werden. Die Bürgermeisterin bittet die Anwohnenden, die Fragen schriftlich einzureichen, damit diese ausführlicher beantwortet werden können. Die Rettungswege und das Verkehrskonzept werden beispielsweise im Bauantragsverfahren geprüft. Zudem sei auch bei der Anwendung des Bauturbos eine Öffentlichkeitsbeteiligung möglich.

2 Anhörung der Beiräte

Der Jugendbeirat ist nicht vertreten, der Umwelt- und der Seniorenbeirat haben nichts zu berichten.

3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 14.04.2026

Anmerkungen zum Protokoll liegen nicht vor.

Der öffentliche Teil des Protokolls wird zur Kenntnis genommen.

4 Verkehrssicherheitsbericht 2024 und 2025

MV/2026/028

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Baumann vom Polizeirevier Wedel. Dieser präsentiert die Zahlen aus dem Verkehrssicherheitsbericht 2025 anhand einer Präsentation, diese ist als Anlage zur Sitzung im Bürgerinformationssystem hinterlegt.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen weist darauf hin, dass in der Bahnhofstraße die Fahrradfahrer von den Autos oft sehr dicht überholt werden, was nicht in der Statistik auftauche. Hier müsse man Aufklärungsarbeit leisten.

Herr Baumann bestätigt, dass die Polizei die Bahnhofstraße im Blick behalte. Vielen Autofahrenden sei nicht bekannt, dass sich der erforderliche Sicherheitsabstand erweitert habe. Meist rate man, sich auf Grund der engen Straßenverhältnisse hinter den Fahrrädern zu halten.

Die FDP-Fraktion ergänzt, dass der Sicherheitsabstand nicht nur in der Bahnhofstraße nicht eingehalten werde, sondern z.B. auch in der Feldstraße. Was im Bericht deutlich zu kurz



komme, sei die Zweckentfremdung der Fußgängerwege durch Fahrradfahrende und Roller, auch vor Kitas und Schulen. Besonders Lastenräder seien diesbezüglich eine echte Gefahr und es werde zu wenig kontrolliert.

Herr Baumann berichtet, dass man ein Zweiradkonzept zur Prävention entwickle. Das Fehlverhalten auf den Rollern betrifft meist Jugendliche, hier wird versucht über die Schulen das Zielklientel zu erreichen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen informiert, dass der ADFC Workshops für die Pedelec-Nutzung für Umsteiger und ältere Menschen anbietet, die oft mit der höheren Geschwindigkeit nicht gleich vertraut sind. Vielleicht könnte die Polizei in ihrer Präventionsarbeit über diese Kurse informieren oder Kontakt mit dem ADFC aufnehmen zwecks gemeinsamer Kurse.

Herr Baumann bestätigt, dass diese Kurse ein guter Weg seien. Gerade im Alter lasse die Reaktionsfähigkeit nach, wenn dann eine ungewohnte Geschwindigkeit und das höhere Gewicht des Fahrrads hinzukämen, könnten gefährliche Situationen auftreten.

Die CDU-Fraktion würde sich eine deutlichere Beschilderung hinsichtlich der Regelungen einer Fahrradstraße und der Geschwindigkeit in der Bahnhofstraße wünschen. Teilweise seien auch die Fahrradfahrer irritiert, wenn die Autos sie nicht überholen.

Herr Baumann weist darauf hin, dass dies eine bauliche Angelegenheit ist. Jedoch sei es richtig, dass nicht alle Verkehrsteilnehmer über die Geschwindigkeits- oder Abstandsvorgaben richtig informiert seien.

Die Bürgermeisterin wird mit der Verkehrsbehörde und der Planung besprechen, welche Beschilderung dort möglich ist um dies zu verbessern.

Die WSI-Fraktion fragt nach der Handynutzung in der Statistik, Herr Baumann erläutert, dass diese nur erfasst ist, wenn sie nachweislich zu einem Unfall geführt hat.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen meint, ob die Verbesserung der Verkehrssituation in der Bahnhofstraße möglicherweise daher komme, dass die Fahrradfahrenden eher schieben, da sie zu unsicher seien.

Herr Baumann kann dies nicht bestätigen, eher nutzen Fahrradfahrende teilweise die Fußwege, was wiederum Fußgänger gefährdet.

Die CDU-Fraktion bittet darum, den Rad- und Fußweg zwischen der Mühlenstraße und der Gorch-Fock-Straße genauer im Blick zu behalten. Dort fahren viele Fahrräder auf der falschen Straßenseite, was auf Grund der geringen Breite des Weges immer wieder zu gefährlichen Situationen führe. Auch die FDP-Fraktion sieht dort die Gefährdung der Fußgänger, insbesondere der Schulkinder, durch das falsche Verhalten der Fahrradfahrenden.


Herr Baumann empfindet dies ebenso und wird die Anregung mitnehmen, dort gezielt mit Kontrollen entgegenzuwirken.

Der Vorsitzende fragt, was mit der Kategorie Straßennutzung gemeint ist, Herr Baumann nennt als Beispiel die Nutzung der falschen Straßenseite.

Anschließend dankt der Vorsitzende Herrn Baumann und verabschiedet ihn.

5 Rückmeldungen der Fraktionen; hier: Bauprojekt Bahnhofstraße 18a

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen verweist auf ihre schriftlich eingereichte Stellungnahme. Die Sorgen der Anwohnenden werden verstanden, die Stadtparkasse müsse dringend mit diesen ins Gespräch kommen, möglicherweise könnten Anregungen berücksichtigt werden. In Wedel werde dringend preisgünstiger Wohnraum benötigt, wenn man die Flächenversiegelung reduzieren wolle, müsse man mehr in die Höhe bauen. Der ursprüngliche Bauvorbescheid habe 3 Vollgeschosse plus Staffel genehmigt, nun rede man über 4 Vollgeschosse plus Staffel. Insgesamt erhöhe sich das Gebäude daher lediglich um ca. 2 ½ Meter. Naturgemäß sähen die Anwohnenden dies aus einem anderen Blickwinkel, daher müsse im Gespräch geschaut werden, wie man das Projekt für diese möglichst annehmbarer machen könne. Als Fraktion habe man noch offene Fragen, zum Beispiel hinsichtlich der Verkehrssituation, einer möglichen ökologischen Bauweise, der Energieversorgung, Stellplätzen in der Tiefgarage für Fahrräder und E-Lade-Stationen. Nachdem man die Ar-



gumente der Stadtparkasse gehört habe, sehe man nicht zwingend die Notwendigkeit für geförderten Wohnraum, würde es jedoch begrüßen, wenn ein Teil der Wohnungen preisgedämpft angeboten werden könnte. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen würde sich hier ein deutliches Zeichen der Stadtparkasse wünschen.

Die SPD-Fraktion hat das vorgestellte Projekt intensiv diskutiert. Natürlich wolle man die Herstellung von Wohnraum fördern, aber eben auch von preiswertem oder gefördertem Wohnraum. Die geführten Gespräche mit der Stadtparkasse hätten eher enttäuscht, man hätte sich mehr Kompromissbereitschaft erhofft. Die Bedenken der Anwohnenden hinsichtlich der Gebäudehöhe werden verstanden. Zudem muss beachtet werden, dass dieses Gebäude zukünftig als Beispiel für weitere Bauvorhaben im Umfeld dienen werde, das es in diesem Bereich keinen Bebauungsplan gibt, sondern nach dem Einfüßegebot über die Zulässigkeit entscheiden werde. Die Fraktion wird einer zusätzlichen Etage nur mit gefördertem Wohnungsbau zustimmen. In der Begründung zum Bauturbo sei auch von preisgedämpften Wohnungsbau die Rede, es bestünden jedoch Zweifel, ob dies rechtssicher und einklagbar zu vereinbaren sei. Falls dies möglich sein sollte, könnte man nochmals darüber beraten. Die Verwaltung wird gebeten, die engen Fristen beim Bauturbo zu beachten und dem Planungsausschuss im Zweifel zeitnah eine Beschlussvorlage vorzulegen, um die Genehmigungsfiktion zu vermeiden.

Frau Gehl erläutert, dass noch kein formeller Bauantrag gestellt wurde, daher habe noch keine Frist zu laufen begonnen.

Die FDP-Fraktion kann sich Wohnungsbau an dieser Stelle gut vorstellen. Hier sei lediglich die Entscheidung zwischen 3 oder 4 Vollgeschossen zu treffen. Man wünsche sich eine soziale Komponente, aber wenn seniorengerecht gebaut werde, sind auch 4 Vollgeschosse vorstellbar. Hinsichtlich des Verkehrs wird durch den Wegfall der Postfiliale eher eine automatische Reduzierung vermutet.

Die WSI-Fraktion appelliert an die Stadtparkasse, die Entscheidung zum geförderten Wohnraum zu überdenken. Dies sei auch ein Präzedenzfall hinsichtlich des geförderten Wohnraums und dem Einsatz des Bauturbos. So werde man im Rat nicht zustimmen, die Politik werde für die Wedeler Bürger*innen gemacht, diese müssten bei solchen Entscheidungen beteiligt werden.

Die CDU-Fraktion sieht die Verdichtung in der Stadtmitte positiv. Natürlich sei verständlich, dass die Anwohnenden mit dem höheren Gebäude nicht glücklich seien, aber 4 Vollgeschosse plus Staffel sei in dieser zentralen Lage gut vorstellbar. 3 plus Staffel würden sich einfügen, das durch den Bauturbo zulässige zusätzliche Geschoss sei an dieser Stelle vertretbar. Die Argumente der Stadtparkasse gegen geförderten Wohnraum an dieser Stelle werden verstanden, man würde es jedoch sehr begrüßen, wenn ein Teil der Wohnungen preisgedämpft angeboten werden würde. Im Rahmen des Antragsverfahrens werde es eine Verkehrsuntersuchung geben, aber es sei eher von einer Reduzierung auszugehen. Die CDU-Fraktion spricht sich daher für aus, 4 Geschosse plus Staffel im Wege des Bauturbo zu realisieren.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wünscht sich einen konstruktiven und offenen Austausch, aber es sei noch Entgegenkommen der Stadtparkasse notwendig. 2022 wurde das Einvernehmen mit deutlicher Mehrheit verweigert, was auch an dem nicht vorhandenen geförderten Wohnraum lag. Eine offenere Gestaltung zum Beispiel mit einem Café im Erdgeschoss sei für die Wedeler wünschenswerter.

Der Vorsitzende erinnert daran, dass die damalige Politik eher über die Aufstellung eines Bebauungsplanes nachgedacht hatte, um mehr Wohnungsbau an dieser zentralen Stelle zu ermöglichen. Die Ablehnung des Einvernehmens musste revidiert werden, da sich das Gebäude mit 3 Geschossen plus Staffel einfügt und es keine rechtliche Grundlage für die Ablehnung gab. Selbstverständlich machen alle Fraktionen Politik für die Wedeler Bürger*innen, aber man müsse auch an die Bürger*innen denken, die in zentraler Lage keinen seniorengerechten Wohnraum finden. Dadurch würde an anderer Stelle wiederum Wohnraum frei, möglicherweise auch für Familien.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bittet die Gäste von der Stadtparkasse zu den geäußerten Meinungen etwas zu sagen.

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Graßhoff und übergibt ihm das Wort.

Herr Graßhoff möchte zu einigen Anmerkungen aus den schriftlichen Rückmeldungen der Fraktionen kurz Stellung nehmen, die baulichen Fragen werden von Herrn Hansen beantwortet.

Zur WSI-Fraktion: Verstöße gegen die Baumschutzsatzung werden nicht gesehen; die Überschreitung des vorgefundenen baulichen Rahmens ist das Wesen des Bauturbos, der Wohnungsbau auch über den baulichen Rahmen hinaus ermöglichen soll; die Stadtparkasse halte sich an den Ratsbeschluss von 2014, was man am Bauvorhaben an der Doppeleiche sehen könne. Hier sei jedoch kein Bebauungsplanverfahren nötig, die Leitlinie zum Bauturbo werde jedoch eingehalten. Diese sehen bei einem „mehr“ von 1.500 qm Wohnfläche geförderten Wohnraum vor, es könne ja auch lediglich das neu zu schaffende Baurecht für ein Geschoss betrachtet werden. Es bestehe oft der latente Anspruch, die Stadtparkasse müsse mehr tun als andere Investoren, aber man müsse gleiche Bedingungen schaffen und die Stadtparkasse dürfe nicht schlechter behandelt werden als andere Investoren. Der öffentliche Auftrag einer Sparkasse bestehe jedoch nicht darin, geförderten Wohnraum zu schaffen. Als Vorstand in einem öffentlich-rechtlichen Institut dürfe man nur Entscheidungen treffen, die das Vermögen der Stadtparkasse schützen.

Zur Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen: Die Stadtparkasse kann sich vorstellen, 10 % der Wohnungen (5 WE) für 10 Jahre mit einer um 20% reduzierten Miete anzubieten. Allerdings sei es dann notwendig, diese Mindereinnahmen auf die verbleibenden Wohnungen umzulegen, um das Vermögen der Stadtparkasse nicht zu schmälern. Ökologische Bauweise werde grundsätzlich unterstützt, konkrete Maßnahmen wie beispielsweise eine hybride Bauweise können jedoch in diesem frühen Planungsstadium noch nicht benannt werden. Die Energieversorgung wird voraussichtlich über eine Wärmepumpe geregelt, für Fahrradstellplätze sind im Vorentwurf 50qm im Keller vorgesehen. Sollte ein Carsharing-Betreiber Interesse an diesem Standort haben, kann sicherlich auch hierfür ein Stellplatz gefunden werden. Die Platanen werden nicht beschädigt, zum Verkehrskonzept kann in diesem frühen Stadium auch keine Aussage gemacht werden, zumal keine Informationen zur zukünftigen Planung der Stadt mit der Bahnhofstraße bekannt sind.

Bezüglich der Sorgen der Anwohnenden wird die Stadtparkasse gerne ein Gespräch führen. Vielleicht können nicht alle Wünsche (z.B. hinsichtlich der Gebäudehöhe) berücksichtigt werden, aber andere Anregungen wie Lüftung, Verkehrsführung, etc. könne man gerne prüfen und hoffentlich entgegenkommen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fragt nach der Planung bezüglich des Anteils der Wohnungen die verkauft und vermietet werden sollen.

Herr Graßhoff erläutert, dass ca. 75% vermietet werden sollen, es jedoch noch keine verbindliche Planung gibt.

Der Vorsitzende fasst die Diskussion wie folgt zusammen: Die SPD-Fraktion wird wegen des fehlenden geförderten Wohnraums nicht zustimmen, ebenso die WSI-Fraktion. Die FDP-Fraktion und die CDU-Fraktion unterstützen das Vorhaben, die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hat sich noch keine abschließende Meinung gebildet und macht die Zustimmung von der genaueren Ausgestaltung abhängig.

Die Stadtparkasse wird das Gespräch mit den Anwohnenden suchen und die Verwaltung daran beteiligen. Auch wenn es keine förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung wie im Bebauungsplanverfahren geben wird, sollen die Anregungen der Anwohnenden adäquat platziert werden. Die Ergebnisse sollen auch dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben werden.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen weist darauf hin, dass in einer notwendigen Beschlussvorlage das Vorhaben konkreter beschrieben sein muss.

Die FDP-Fraktion fragt nach Erkenntnissen über einen neuen Standort für die Postfiliale. Dazu liegen der Verwaltung keine Informationen vor, sobald etwas in Erfahrung gebracht werden kann, wird dies an die Planungsausschussmitglieder weitergegeben.

6 Leitlinien zum Umgang mit dem „Bau-Turbo“

BV/2026/012--1

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantragt, den Punkt zu vertagen, es sollten noch einige Punkte berücksichtigt werden. Beispielsweise wäre überlegenswert, die Grenze für geförderten Wohnraum von 1.500 qm auf 1.000 qm abzusenken und/oder preisgedämpften Wohnraum aufzunehmen. § 17 der BauNVO sollte berücksichtigt werden und wie der Ausschuss beteiligt werden würde müsste konkretisiert werden. Hier sei die Fraktion noch in der internen Abstimmung.

Die Bürgermeisterin versteht den Vertagungsantrag, bittet jedoch um getrennte Abstimmung und dem Punkt 2 des Beschlussvorschlages die Zustimmung zu geben, damit dies in die Änderung der Hauptsatzung und Zuständigkeitsordnung einfließen könne.

Der Vorsitzende stellt zur Abstimmung, die Punkte 1 und 3 des Beschlussvorschlages zu vertagen.

Anschließend stellt er den Punkt 2 des Beschlussvorschlages zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung:

1. vertagt
2. Der Rat stimmt zu, dass die Zuständigkeitsordnung dahingehend geändert wird, dass die Entscheidung über die Zustimmung dem Planungsausschuss übertragen wird.
3. vertagt

Abstimmungsergebnis:

10 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	10	0	1
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	0	0	1
FDP-Fraktion	1	0	0

7 Vorschlag für die Änderung des § 3 (Planungsausschuss) der Zuständigkeitsordnung zur Hauptsatzung

BV/2026/023

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fragt, ob nach der vorgesehenen Änderung der Planungsausschuss nicht mehr zum Einvernehmen gefragt werde.

Frau Gehl erläutert, dass der Planungsausschuss nicht ausgeschlossen werden soll, vielmehr habe man sich um eine klarere und saubere Trennung bemüht. Lediglich in den Fällen, in denen das Einvernehmen rechtlich erteilt werden muss und nicht abgelehnt werden kann, soll keine Beschlussvorlage mehr im Planungsausschuss erfolgen.

Die SPD-Fraktion würde sich wünschen, dass in solchen Fällen der Planungsausschuss vorab von der Verwaltung über die anstehende Entscheidung informiert wird. Zudem frage man sich, was sich hinter der Streichung von Punkt 4 und den Nutzungsänderungen nach der Erhaltungssatzung verberge. Eine Genehmigung nach der Erhaltungssatzung sei erheblich, es gebe viele Streitereien im Bereich des Elbhochufers.

Frau Gehl erläutert, dass man sich die Punkte in der Zuständigkeitsordnung grundsätzlich angeschaut und versucht habe, diese sauberer und verständlicher zu formulieren. Natürlich werden die Fragen zum ÖPNV und Verkehr weiterhin im Planungsausschuss diskutiert. Auch

Befreiungen zu Bebauungsplänen seien weiterhin im Planungsausschuss vorgesehen. Frau Kurzhals ergänzt, dass Nutzungsänderungen nach der Erhaltungssatzung und die Probleme in dem Gebiet solcher Erhaltungssatzungen das tägliche Brot der Verwaltung seien. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hat es so verstanden, dass in den Fällen der §§ 34 und 35 BauGB der Planungsausschuss nicht mehr beteiligt werden soll, da sich aus den Rahmenbedingungen kein Ermessensspielraum für eine Entscheidung gebe. Man würde jedoch vermuten, dass es auch Grenzfälle gibt, in denen eine Zustimmung oder Ablehnung diskutabel wäre. Solche Grenzfälle sollten im Ausschuss beraten werden.

Frau Kurzhals macht darauf aufmerksam, dass bisher gelegentlich ein falsches Bild über den Entscheidungsspielraum bei der Beratung im Planungsausschuss entstanden ist. Dies sollte zukünftig vermieden werden.

Der Vorsitzende begrüßt die Verschlinkung solcher Verfahren, oftmals gab es falsche Erwartungen. Eine Beratung ohne Entscheidungsspielraum ergebe keinen Sinn. Allerdings stellt sich für ihn die Frage der Zuständigkeit über die Beschlussfassung, eigentlich müsste der Haupt- und Finanzausschuss diese Beschlussvorlage entscheiden.

Frau Gehl und Frau Matthies erläutern, dass das Instrument des Einvernehmens ursprünglich für Gemeinden ohne eigene Bauaufsicht eingeführt wurde, um die Gemeinde in den Entscheidungsprozess einzubinden. Obwohl Wedel eine Bauaufsicht habe, wurden hier dennoch Regelungen zum Einvernehmen getroffen. Das sei zu Informationszwecken auch sinnvoll, jedoch wären Beschlussvorlagen ohne Entscheidungsspielraum irreführend. In der Vergangenheit wurde bereits darauf aufmerksam gemacht, dass die Bürgermeisterin verpflichtet wäre, einen Beschluss mit einer Ablehnung eines Einvernehmens, auf das objektiv ein Rechtsanspruch bestehe, als rechtswidrig anzufechten.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen begrüßt ebenfalls, wenn Verfahren verschlankt werden sollen, jedoch sei dieser Punkt noch nicht völlig klar. Man müsse schauen, wie man mit Verfahren zu Grenzfällen umgehe. Es sei vermutlich tatsächlich sinnvoll, die BV in den HFA zu verweisen, damit dies dort beraten werden kann.

Die SPD-Fraktion stimmt zu, dass der HFA die Entscheidung treffen müsse, aber die Meinungsbildung dazu hier im Planungsausschuss erfolgen sollte.

Der Vorsitzende regt an, nun über die Verweisung an den HFA abzustimmen, das Meinungsbild werde im Protokoll festgehalten sein.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	11	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0



8 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

8.1 Bericht der Verwaltung

8.1.1 aktueller Stand der Haushaltssicherung 2028

MV/2026/027

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8.1.2 Stadthafen Wedel: Mündlicher Sachstandbericht

Frau Fisauli möchte ein paar Worte zum Tag der Städtebauförderung am vergangenen Samstag sagen. Die Veranstaltung sei nicht gut gelaufen, da gebe es nichts schön zu reden. Dass die Verwaltung die Organisation solcher Events besser kann, habe man zuletzt zum Jubiläum der Stadtrechte bewiesen. Zudem sei am Samstag noch das Unglück hinzugekommen, dass sich das Hafenmeisterhaus, in dem die Utensilien für die Veranstaltung gelagert waren, nicht mehr öffnen ließ. Auch ein herbeigerufener Schlüsseldienst war nicht in der Lage, die Tür zu öffnen, eine komplette Zerstörung der teuren Flutschutztür als einzigen zeitnahen Ausweg habe man nicht verantworten wollen. Also habe man improvisieren müssen, was leider nicht gut gelungen sei. Die Organisation der Veranstaltung werde in der Verwaltung aufgearbeitet, um zukünftig daraus zu lernen.

Frau Süß gibt anschließend Statement zu der Veranstaltung ab, dieses ist als Anlage zur Sitzung im Bürgerinformationssystem hinterlegt.

Die CDU-Fraktion bittet darum, noch einige bauliche Schwierigkeiten in den Blick zu nehmen. An der Tür zu den Toilettenanlagen befinde sich eine kleine Schwelle, diese werde für Rollstühle mit kleinen Reifen zum Hindernis. Zudem müssten das Plateau und die großen Stufen dringend gekennzeichnet werden, auch erkennbar in der Dunkelheit, da sonst Unfälle drohen würden.

Frau Fisauli bestätigt, dass beim Plateau der Höhenunterschied schwer erkennbar sei, die Anregungen werden überprüft.

8.1.3 Weitere Berichte

MV/2026/039

Es gibt keine weiteren Berichte.


8.2 Anfragen der Politik

Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass bei der Ausfahrt Marienhof die Sicht im Kreuzungsbereich durch die Baustellenbarken so eingeschränkt ist, dass man quasi blind ausfahren müsse.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen berichtet, dass teilweise im Hafenbecken eine Art Rennen stattfinden würden. Das bedeute sicherlich Spaß, aber auch Lärm. Es wird gefragt, ob dies erlaubt sei. Die Bürgermeisterin wird nachfragen.

Die FDP-Fraktion fragt, ob es bereits Gebühren für die zeitweisen Lieger gäbe. Die Bürgermeisterin berichtet, dass die Hafensordnung und die Liegegebühren noch in der Erarbeitung sind.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.



Öffentlicher Teil

11 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her, im nichtöffentlichen Teil wurden keine Beschlüsse gefasst.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitz:

gez. Dutsch

Wolfgang Dutsch

Protokollführung:

gez. Matthies

Katrin Matthies

